

Der Kreisparteitag hat beschlossen:

Abstimmungsverhalten der Länder Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat vom 21.03.2025

Wir protestieren gegen das Abstimmungsverhalten von Vertreter*innen der Linken aus Bremen und Mecklenburg-Vorpommern im Bundesrat über das Sondervermögen und die Reform der Schuldenbremse. Die Linke darf keine Verantwortung für die aktuelle Aufrüstung übernehmen, die außerdem mit Sozialkahlschlag finanziert werden soll. Unsere Partei soll weiterhin eine klare antimilitaristische Politik vertreten und diese auf allen Ebenen praktisch umsetzen. Dies sollte auch zu einer kritischen Diskussion in der Linken über Regierungsbeteiligung mit pro-kapitalistischen Parteien führen. Als Kreisverband Mainz/Mainz-Bingen distanzieren wir uns von dieser Entscheidung und setzen uns für diese Position auf allen Ebenen ein.

Mainz, den 29.03.2025

Die Linke KV Mainz/Mainz-Bingen